A-01

Zukunft GRÜN gestalten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	14.12.2017
Tagesordnungspunkt:	A Aktuelle Debatte: Zukunft ist, was wir draus machen

Durch den Wahlkampf und die anschließenden Jamaika-Sondierungsgespräche ist es uns gelungen, Klimaschutz und einer ökologisch-sozialen Politik wieder einen hohen Stellenwert zu geben. All das gelang nur gegen den oft erheblichen Widerstand anderer Parteien. Die Erfahrung der letzten Wochen zeigt, wie wichtig eine engagierte, kontinuierliche und beharrliche grüne Politik ist. Jetzt, in der sich abzeichnenden Opposition, ist es unsere Aufgabe, grüne Politik kreativ umzusetzen und unseren Themen Einfluss und Geltung zu verschaffen.

Schon mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung wäre es sehr schwierig geworden, die deutschen Klimaziele zu erreichen. Ohne uns sind sie faktisch verloren. Denn alle anderen politischen Kräfte scheuen konkrete Vorschläge wie einen schnellen Kohleausstieg oder eine emissionsfreie Mobilität. Und auch in vielen anderen Bereichen gilt: Grün macht den Unterschied. Wenn es um eine starke weltoffene Gesellschaft geht, in der wir Integration fördern und die sich durch eine humane und rechtsstaatliche Flüchtlingspolitik auszeichnet. Wie wir eine menschenrechtsbasierte Außenpolitik verwirklichen können, die die Globalisierung gerecht gestaltet, Fluchtursachen bekämpft und auf eine faire Handelspolitik setzt. Bei der Aufgabe, den Zusammenhalt eines starken und vereinten Europas zu sichern. Dabei, wie eine gerechte Verteilung zwischen starken und schwachen Schultern aussieht, wie die skandalöse Kinderarmut in unserem vermögenden Land beendet und gerechte Bildungschancen für alle Kinder – egal aus welchem Elternhaus – erreicht werden können. Ebenso dabei, wie wir die sozialen Sicherungssysteme fit für die Zukunft machen, die Zweiklassenmedizin abschaffen, Altersarmut beenden und zu gleichen Rechten und Möglichkeiten für Frauen und Männer kommen – überall sind unsere Antworten gefordert wie nie.

Und auch das haben die Sondierungen gezeigt: Es kann keine Rede davon sein, dass alle Parteien mehr oder weniger gleich sind. Die Unterschiede zwischen den Parteien in wichtigen Feldern sind teilweise tiefgreifend. Es ist ein großer Gewinn für unsere Demokratie, wenn diese Unterschiede zum Ausdruck kommen. Es gibt wahrhaft keinen Grund für Verdruss an der Demokratie. Meinungsstreit und Wertekonkurrenz sind so lebendig wie selten. Unser Anspruch ist es, langfristige Visionen und konkretes Handeln zusammenzubringen, um unsere Zukunft zu gestalten. Wir wollen Verantwortung für gesellschaftlichen Fortschritt übernehmen. Dafür ist unser Maßstab im Handeln: Wie können wir das Leben der Menschen heute und in Zukunft konkret verbessern und unsere Lebensgrundlagen schützen? Als progressive Kraft der linken Mitte haben wir den Anspruch, die Debatten in diesem Land, in Europa und weltweit in diesem Sinne voranzutreiben. Wir wollen den Menschen in Zeiten der Verunsicherung Orientierung bieten, mögliche Weichenstellungen aufzeigen. Wir setzen auf ein starkes Gemeinwesen als Rahmen, in

dem sich Einzelinteressen entfalten. Wir schützen unseren Planeten. Wir schauen nicht nur auf Deutschland, sondern haben Europa und die ganze Welt im Blick.

Es muss auch und gerade unsere Aufgabe sein, Orientierung und Halt zu geben, um dem Erstarken der antidemokratischen Kräfte und autoritären Tendenzen entgegenzuwirken. Indem wir daran arbeiten, dass unsere Gesellschaft durch Solidarität und Zusammenhalt gewinnt, statt dass sie durch Ausgrenzung und gnadenlosen Wettbewerb verliert. Durch eine Vielfalt an spannenden politischen Alternativen. Und nicht zuletzt durch ein starkes grünes Angebot. Wie auch immer sich der politische Prozess in diesem Land weitergestalten wird, wir stehen bereit, ihm einen starken grünen Stempel aufzudrücken. Egal ob aus der Opposition, in Regierungsverantwortung, bei einer Minderheitsregierung oder auch, falls es zu Neuwahlen kommen sollte: Wir werden entschieden für unsere Inhalte eintreten. Wir Grünen werden in den Ländern und Kommunen, im Bund und in Europa für die grüne Sache kämpfen – mit unseren Mitgliedern, mit unseren Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, mit Unterstützer*innen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wir bleiben eine Partei in Bewegung. Wir werden weiterhin den engen Schulterschluss mit unseren Bündnispartner*innen suchen und noch intensivieren. Die sich abzeichnenden ökologischen Katastrophen im Klimabereich oder beim Artensterben, aber auch die Umsetzung einer humanitären Flüchtlingspolitik und die Verringerung der sozialen Spaltung in diesem Land brauchen Druck im Parlament und durch die Zivilgesellschaft. Für unsere Positionen werben wir auf der Straße und im Netz gemeinsam mit vielen anderen, die für die gleichen Ziele streiten. Wir setzen auf Bündnisse mit den Umweltverbänden, mit den vielen - oft ehrenamtlichen - Flüchtlingshelfer*innen, mit den fortschrittlichen Gewerkschaften und Unternehmen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und eine Brücke bauen zwischen Umwelt und Wirtschaft, mit Menschen, die sich für eine gerechte Welt einsetzen, die Menschenrechte, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit hoch halten, die Nazis und Rassist*innen die rote Karte zeigen, die sich für gleiche Rechte von allen Menschen, egal welchen Geschlechts, einsetzen. Darüber hinaus sind wir als Partei Ansprechpartnerin für alle, die gemeinsam mit uns die ökologisch-soziale Modernisierung vorantreiben und unser Land innovativer und kreativer machen wollen. Wir haben in den letzten beiden Jahren einen deutlichen Mitgliederzuwachs verzeichnet und sind so viele Grüne wie noch nie. Dieses Wachstum wollen wir fortsetzen und noch mehr Menschen für Grün begeistern.

Auch wenn die Bundesregierung noch nicht gebildet ist, dreht sich die Welt weiter. Im Bundestag stehen wichtige Entscheidungen an. Im März 2018 läuft endlich die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte aus. Diese Aussetzung des Familiennachzugs widerspricht nicht nur dem Schutz der Familie im Grundgesetz und humanitären Grundwerten, sondern sie steht einer gelingenden Integration im Wege. Eine Trennung von Müttern, Vätern und ihren Kindern über den März 2018 hinaus wird von uns Grünen keine Zustimmung erhalten. Wir werden mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis die gesellschaftliche Mehrheit für den Familiennachzug in eine politische Mehrheit übersetzen und die Regelung auslaufen lassen. Wir streiten für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, geordnete, rechtsstaatliche Verfahren und das uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl.

Nach dem unverantwortlichen Alleingang von CSU-Landwirtschaftsminister Schmidt in Brüssel geht es uns jetzt um Schadensbegrenzung. Auch wenn nationales Handeln nur der zweitbeste Weg
ist, müssen wir jetzt in Deutschland den Glyphosatausstieg einleiten, so wie es andere

europäische Länder bereits angekündigt haben. Wir brauchen Anwendungsverbote von Glyphosat,
zum Beispiel in öffentlichen Parks und auf Spielplätzen. Doch das Hauptproblem ist der massive Glyphosateinsatz auf den Äckern. Unser Ziel ist daher, den Glyphosateinsatz hier deutlich zu reduzieren und nach einer Übergangszeit mit den Bäuerinnen und Bauern ganz auf umweltfreundliche Alternativen umzusteigen. Für uns zählt jeder Acker, jede Kommune, jeder Grünstreifen in jedem Bundesland: Wir werden gegen Gift kämpfen, damit wir dem Artensterben Einhalt gebieten.

Kommende Aufgaben

Wahlergebnis weiter auswerten

Wir haben damit begonnen, unser grünes Wahlergebnis mit vielen Aktiven auszuwerten. Das werden wir fortsetzen und daraus werden wir Konsequenzen ziehen, um für die kommenden Wahlen
zu lernen.

Bündnisgrün in den Ländern stärken

In den kommenden Jahren stehen wichtige Wahlen an. 2018 werden die Landtage in Bayern und Hessen gewählt. Unsere Freundinnen und Freunde in den wahlkämpfenden Landesverbänden werden
wir als Gesamtpartei mit aller Kraft unterstützen. Denn es geht um viel. In Bayern wollen wir einen kraftvollen, eigenen Gestaltungsanspruch erheben. Unser Ziel ist es, erstmals in Bayern ein gutes, zweistelliges Ergebnis zu erreichen und unsere grünen Ideen in Regierungsverantwortung umzusetzen. Wir werden die CSU deutlich in ihre Schranken weisen und
sie inhaltlich stellen - in der Integrationspolitik, beim maßlosen Flächenverbrauch und der damit einhergehenden Zerstörung der Heimat und zeigen, wie es besser geht. Bayern ist längst weiter als die CSU - die Menschen in Bayern haben die ewige Quertreiberei der CSU in der Bundespolitik satt. In Hessen wollen wir als eine starke eigenständige Gestaltungskraft in die Wahlauseinandersetzung gehen. Mit einem starken Ergebnis haben wir die Chance, Teil einer Landesregierung zu bleiben. Wir haben die Richtung der Politik in Hessen geändert und wir sind noch nicht am Ziel. Unser Motto lautet: „Grün wirkt weiter - #Hessen 2025“. Hessen soll weiter grüner und gerechter werden und weltoffen bleiben.

Bündnisgrüne als gesamtdeutsche Partei

2019 stehen die Landtagswahlen von Sachsen, Brandenburg und Thüringen an, dazu kommen Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 in allen fünf ostdeutschen Bundesländern. Es sind für uns entscheidende Wahlen, um unseren Charakter als gesamtdeutsche Partei zu bestätigen. Daher werden wir gemeinsam mit den Landesverbänden frühzeitig diese Wahlen vorbereiten. Das bedeutet vor allem auch, die Strukturen in diesen Ländern zu stärken, damit wir bei den anstehenden Wahlen und darüber hinaus zulegen und uns entschieden für die bündnisgrüne Sache
einsetzen können.

Europawahl vorbereiten

Wir bereiten uns intensiv auf die Europawahl im Frühjahr 2019 vor. Diese Wahl wird entscheidend sein, wie sich die EU in den kommenden Jahren entwickeln wird. Packen wir die Zukunft Europas gestaltend an, wie Frankreichs Präsident Macron in seinen Reformvorschlägen anregt? Oder werden im Zuge des Austritts Großbritanniens aus der EU die auseinanderstrebenden Kräfte gestärkt? Wir stehen für eine starke EU, die auch in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung soziale und ökologische Rechte setzen kann. Sie gerät aber derzeit stark unter Druck von Rechtspopulist*innen, völkischen Nationalist*innen und Europafeind*innen. Diesen bieten wir die Stirn und setzen auf eine bessere EU, die Umwelt- und Klimaschutz, den Abbau sozialer Ungleichheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit, Freiheit und Frieden, Solidarität und Weltoffenheit ins Zentrum stellt. Unser Ziel für die Europawahl 2019 ist es, das bisher beste grüne Ergebnis bei bundesweiten Wahlen zu erreichen, um wieder eine starke und gesamteuropäische Grüne Fraktion in Brüssel zu stellen. Dafür werden wir auf einer BDK bis Ende 2018 ein überzeugendes Programm beschließen (mit den gleichen Antragsfristen wie bei der letzten Bundestags- und Europawahl) und eine schlagkräftige Liste aufstellen. Dazu wollen wir auf europäischer Ebene mit einem Programm der European Green Party und europäischen Spitzenkandidat*innen in einer grün-europäischen Kampagne einen klar proeuropäischen Wahlkampf führen. Wir wollen für ein besseres Europa kämpfen - an der Seite von progressiven Bewegungen und über die Landesgrenzen hinweg. Wir sind die Europapartei.

Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen

In einem breiten Bündnis gegen Rechts stehen wir an der Seite der Zivilgesellschaft, mit der wir zusammen gegen Rechtsextremismus und für eine freiheitliche, plurale, demokratische und weltoffene Gesellschaft streiten. Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung lehnen wir ab.

Die Grüne Rechtsextremismuskommission des Bundesvorstandes wird auch in den kommenden Jahren zusammen mit grünen Rechtsextremismusexpert*innen aus Bund und Ländern, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft Strategien gegen Rechts erarbeiten und evaluieren.

Es gilt auch, der Verstetigung rechter Rhetorik in unserem öffentlichen Diskurs und den Parlamenten verstärkt und strategisch entgegenzutreten. Mit Schulungen, Seminaren und konkreten Handreichungen wollen wir unsere Mitglieder fortbilden, damit sie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und rechtsextreme Narrative erkennen und dagegen halten können. Auch die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Institutionen in diesem Bereich verdienen staatliche und politische Unterstützung und Anerkennung. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

Programmatik neu vermessen und Beteiligung stärken

Für uns als Partei steht 2020 der 40. Geburtstag an. Auf der BDK im November 2016 haben wir beschlossen, dass wir aus diesem Anlass ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten und unsere Beteiligungsmöglichkeiten durch die Chancen von Digitalisierung ausweiten. Unser aktuelles Grundsatzprogramm „Die Zukunft ist Grün“ hat uns gute Dienste geleistet. Aber seit dem

Beschluss im Jahr 2002 hat sich die Welt weitergedreht. Die Digitalisierung und Automatisierung stellt unsere Gesellschaften vor neue Herausforderungen und bietet gleichzeitig neue Chancen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist brüchiger geworden, während die Globalisierung die Welt näher zusammenwachsen hat lassen. Die Klimakrise und das Artensterben haben sich beschleunigt. Die globalen Machtverhältnisse haben sich verändert. Europa steht vor neuen Aufgaben. Für uns gilt es, unsere grünen Antworten auf diese Herausforderungen anzupassen.

Im Prozess zum Grundsatzproramm werden wir alle Ebenen der Partei einbinden und die Beteiligungsmöglichkeiten deutlich ausweiten. Zur Steuerung und Koordinierung des Prozesses bitten wir den Bundesvorstand, eine Grundsatzkommission einzusetzen. Der Startschuss für die Erarbeitung soll in der ersten Jahreshälfte 2018 gegeben werden. Die Mitglieder, die Landesverbände und Bundesarbeitsgemeinschaften sollen in zwei Diskussionsphasen eingebunden werden. Der gesamte Prozess soll durch einen online-gestützten Beteiligungsprozess begleitet werden. Dabei sollen mit inhaltlichen Mitgliederbefragungen und elektronischen Mitgliederbegehren neue Wege der Beteiligung gegangen werden. Wir werden dabei auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen achten. Als Bewegungspartei wollen wir auch unsere Bündnispartner in den Prozess einbeziehen und uns mit ihren Forderungen auseinandersetzen.

Begründung

mündlich